



Call for Papers

Strategien der Verhinderung.

Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

Am 20. Februar betitelte »Le Monde« einen längeren Artikel *Guerre de tranchées sur l'accès aux archives*. Gibt es in Frankreich einen Grabenkrieg um den Archivzugang zwischen Forschenden, Archiven und Politik? Wie sieht es in Deutschland und in anderen europäischen Ländern aus?

Die Situation in Frankreich ist ambivalent. Der französische Präsident, Emmanuel Macron, pflegt eine Rhetorik der historiografischen Offenheit auch bei sensiblen Themen wie dem Algerienkrieg und der diplomatischen und militärischen Intervention in Rwanda während des Völkermords 1994. In beiden Fällen verfassten Historiker in offiziellem Auftrag Berichte mit allerdings unterschiedlicher Stoßrichtung: Benjamin Stora legte Anfang 2021 einen Bericht und Empfehlungen zum kollektiven Gedenken zu Algerien vor. Vincent Duclert, der bereits 2018/19 mit einer Kommission einen Bericht über die Erforschung von Genoziden und Massenverbrechen verfasst hatte, soll die französische Rolle in Rwanda aufklären; der Bericht wurde im April 2021 dem Präsidenten übergeben. Gerade im zweiten Fall war damit auch ein außergewöhnliches und exklusives Recht auf Aktenzugang verbunden. Dabei stellt sich auch die Frage nach einem privilegierten Zugang zu Archivmaterialien bei staatlich gewollter Forschung. Die verwendeten Akten sollen zwar weiterhin der Forschung zugänglich bleiben. Darüber hinaus bleibt jedoch alles beim Alten, soweit der Zugang nicht sogar erschwert wird.

Konkrete und massive Proteste ruft nämlich seit vorigem Jahr die *Instruction générale interministérielle 1300* (IGI) hervor. Forschende fürchten, dass diese interministerielle Anordnung, die unter anderem Fragen der Geheimhaltung regelt, im Namen der nationalen Sicherheit den Zugang zu Archivalien für die zeitgeschichtliche Forschung grundsätzlich erschweren wird, da die relativ liberalen Fristen des Archivrechts durch aufwändige Freigabeverfahren für klassifizierte Dokumente ausgehebelt werden können. Selbst bereits bekannte, gar edierte Dokumente sollen plötzlich wieder gesperrt werden. Die Motive für den Erlass der »IGI 1300« sind unklar, umso mehr als sie mit der seit François Hollande betriebenen präsidialen Erinnerungspolitik zu kollidieren scheinen.

Ist die Situation in Frankreich einzigartig? Der Blick auf andere Länder zeigt schnell, dass Fragen des Archivzugangs auch dort von erheblicher Aktualität sind. Ihr mediales Echo geht über den Kreis der Forschenden hinaus und spiegelt einerseits die Forderung nach Transparenz in unseren heutigen Gesellschaften und andererseits den Stellenwert von – nicht immer konfliktfreier – wissenschaftlicher und juristischer Aufarbeitung und Vergangenheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts. In Deutschland hat zuletzt die Übergabe der Stasi-

Unterlagen an das Bundesarchiv Debatten über dessen Rolle ausgelöst; der französische Forscher Fabien Théofilakis will den Zugang zu Eichmann-Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz gerichtlich einklagen.

Mit dem Aufstieg illiberaler Demokratien in Ostmitteleuropa wurde eine staatlich gesteuerte Geschichtspolitik zunehmend zum Instrument der Macht. Die gezielte Einflussnahme betraf zunächst die Museumslandschaft sowie die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen. Zum Teil müssen sich Historikerinnen und Historiker, deren Forschung unliebsame Ergebnisse produziert, vor Gericht verantworten, wie in Polen. Doch inwiefern, für wen und bei welchen Themen der Archivzugang beschränkt wird, bleibt weiterhin zu untersuchen. In Westeuropa wirft insbesondere der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und entsprechenden Restitutions- und Kompensationsforderungen die Frage auf, wie weit historische Forschungen und journalistische Recherchen in Archiven uneingeschränkt möglich sind.

Die Beispiele zeigen, dass die Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten sind und die gegenwärtigen Veränderungen auf verschiedenen Ebenen erfasst und analysiert werden müssen:

1. normativ: die explizite Gesetzgebung und die Verordnungen zur Regelung des Archivzugangs; politische Willensbekundungen (von oberster Stelle), die unter Umständen mit den Verordnungen im Widerspruch stehen, also offiziöser Diskurs und Öffentlichkeit, Gewährung von privilegiertem Zugang zu Archivalien
2. administrativ: Einschränkungen des Archivzugangs durch Rechtsvorschriften und Verfahrenswege jenseits der Archivgesetze, sowie aufgrund konkurrierender schützenswerter Rechte, über deren Abwägung i.d.R. innerhalb der Verwaltungen entschieden wird (insbes. Geheimschutz, Schutz der Urheber- und Persönlichkeitsrechte);
3. praktisch: Einschränkungen von Dienstleistungen in den Archiven (Digitalisierung, Öffnungszeiten, Aushändigung von Dokumenten), Personalreduktion, etc.

Die geplante Tagung will diese Problemkreise vergleichend und interdisziplinär diskutieren (Geschichtswissenschaft, Archivwissenschaft und -praxis, Rechtswissenschaft, u.a.). Neben Frankreich und Deutschland soll auch die Situation in anderen Ländern der EU berücksichtigt werden. Darüber hinaus fragen wir danach, inwieweit nationale Erfahrungen und Praktiken Ausgangspunkt für transnationale Transferprozesse bei der Vergangenheitsaufarbeitung, möglicherweise aber auch bei deren Blockade sein können.

Bitte schicken Sie ein Abstract von maximal 500 Wörtern in einer der drei Konferenzsprachen (französisch, deutsch oder englisch) bis zum **20. September 2021** an Agnieszka Wierzcholska: awierzcholska@dhi-paris.fr

Termin: 19./20. Januar 2022

Ort: Deutsches Historisches Institut Paris

Konferenzsprachen: Deutsch, Französisch, Englisch

Organisationskomitee:

Corine Defrance (CNRS, SIRICE Paris)

Jürgen Finger (DHIP)

Ulrich Pfeil (Université de Lorraine)

Annette Weinke (Universität Jena)

Agnieszka Wierzcholska (DHIP)